



UNERWÜNSCHT: In Niedersachsen wollen Bürger keine neuen Hochspannungstrassen.

Mehrheit will Kabel

Hannover. Die geplante neue Hochspannungstrasse zwischen Ganderkesee und St. Hülfe bei Diepholz war Gegenstand einer Expertenanhörung im niedersächsischen Landtag in Hannover. „Alle Beteiligten haben sich für eine Lösung mit Erdkabel und gegen eine Freileitung ausgesprochen“, berichtet Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes WindEnergie (BWE). Zwischen Bürgerinitiative, Netzbetreiber, Abgeordneten, Wissenschaftlern und Vertretern der Regenerativbranche sei sachorientiert und vorurteilsfrei diskutiert worden. Christian Schneller von der Eon Netz GmbH befürwortete aus Kostengründen zwar die Freileitung, sprach sich aber nicht kategorisch gegen Erdkabel aus. Die Mehrkosten, so Schneller, müssten aber auf Dritte oder auf die Verbraucher umgelegt werden.

Die geplante 380-kV-Leitung soll eine 60 Kilometer lange Lücke des vorhandenen Leitungsnetzes zwischen Ganderkesee und Diepholz schließen. Benötigt werden die Kapazitäten nicht nur wegen des Ausbaus der Windenergie, sondern auch für den wachsenden Stromhandel.

Die Regierungsvertretung Oldenburg ist derzeit mit einem Raumordnungsverfahren für eine Freileitung beauftragt. Neben den Stellungnahmen der Kommunen und Behörden liegen inzwischen rund 1.500 Stellungnahmen von Anliegern vor. Parallel zum Raumordnungsverfahren ist ForWind, das Zentrum für Windenergieforschung der Universitäten Oldenburg und Hannover, mit einem Gutachten beauftragt. „Ende Juli werden wir die Ergebnisse präsentieren können“, gibt Geschäftsführer Marcel Krämer Auskunft.

Diskussion der Fördermodelle

Berlin. Noch im Oktober soll in Berlin im Rahmen des Realise Forums (Renewable Energy and Liberalisation in Selected Electricity markets-Forum) eine nationale Anhörung stattfinden, auf der Verbände und Organisationen über das deutsche Fördermodell im Bereich der erneuerbaren Energien diskutieren wollen. Ziel soll sein, zu einer Empfehlung zu kommen, welche Kriterien ein künftig optimales Fördermodell für erneuerbare Energien erfüllen sollte, das gleichzeitig einen raschen Ausbau ermöglicht.

Das Forum beschäftigt sich mit der Vielfalt der bestehenden Fördersysteme für erneuerbare Energien in den Strommärkten der Europäischen Union. Außerdem sollen in dem Forum Mög-

lichkeiten analysiert und diskutiert werden, wie auf EU-Ebene in der Zeit nach 2012 künftige Fördersysteme aussehen können. An dem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt sind überwiegend wissenschaftliche Institute und Organisationen aus Deutschland, Norwegen, Italien, Slowenien und den Niederlanden beteiligt. Die Projektkoordination und die Verantwortung hat die Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin übernommen. In jedem der fünf an dem Projekt beteiligten Länder werden so genannte nationale Tische eingerichtet, die unter anderem jeweils eine nationale Anhörung zu Förderinstrumenten organisieren werden. Das Realise Forum ist im Internet unter www.realise-forum.net zu finden.

Richter abgelehnt

Düsseldorf. Ulrich Ehricke wird am Oberlandesgericht Düsseldorf (OLG) als Richter nicht über Fragen des Energierechts entscheiden. „Um jeden Anschein von Befangenheit zu vermeiden, schließt die Geschäftsverteilung ihn von den Energiefragen aus“, sagt der Sprecher des OLG: „Er wird bei Kartellbußgeldsachen nicht dem Spruchkörper angehören.“

Ehricke ist Professor und Direktor des Instituts für Energierecht der Universität Köln, das wesentlich vom Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) und der deutschen Steinkohlewirtschaft finanziert wird. Er sollte als Teilzeitrichter mit einer Zehntel Stelle an den Kartellsenat berufen werden und hätte dort möglicherweise über Bußgelder für Absprachen unter den

Energieversorgern mitentschieden. „Das wäre eine der wirkungsvollsten politischen Lobby-Maßnahmen der Energiewirtschaft gewesen“, sagt Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbandes Neuer Energieanbieter (BNE). Der BNE nennt Ehricke einen „linientreuen“ Verfechter der Interessen seiner Finanziere und hatte gegen die Ernennung protestiert. „Wir haben erreicht, dass Ehricke nicht als Energie-Richter über seine Geldgeber entscheiden darf“, meint auch Stefan Bundscherer, Energieexperte der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Ehricke hatte sich - wie in solchen Fällen üblich - als Richter beim Justizministerium beworben. Beim OLG war schon im Ernennungsverfahren der mögliche

Interessenkonflikt zwischen Ehrickes Arbeit im Institut und seiner Richtertätigkeit bekannt. Ehricke hatte ihn offen gelegt. Um den „bösen Schein“ zu vermeiden, wurde Ehricke daraufhin „trotz einschlägiger Fachkenntnisse gerade nicht dem für Energierechtsfragen zugehörigen Zweiten Kartellsenat, sondern dem Ersten zugeordnet.“ Von den Kartellbußgeldverfahren im Energierecht, die der Erste Senat entscheidet, ist Ehricke auch ausgenommen. „Da wäre er auch ohne den öffentlichen Einspruch nicht dran gekommen“, heißt es beim OLG. Für einen gezielten Lobbyismus aus dem SPD-geführten Justizministerium gebe es am OLG keine Hinweise. Text: Marcus Franken